
Grundlagen eines neuen sozialen Konsenses

Peter A. Ulram

Seit einigen Monaten beschäftigen sich die drei traditionellen Parteien Österreichs verstärkt mit programmatischen Fragen: die ÖVP diskutiert ihr „Zukunftsmanifest“, die FPÖ arbeitet an einem neuen Parteiprogramm, die SPÖ strebt nach „Perspektiven 90“. Gemeinsam ist diesen Aktivitäten, daß es ihnen weniger um einen „großen Wurf“ als um eine Reaktion auf Veränderungen des politischen Umfeldes geht: Die ÖVP hat erkannt, daß sie ihren politischen Führungsanspruch auch durch inhaltliche Akzentuierung untermauern muß, die SPÖ versucht, ihrem – zuletzt mit der Regierungsumbildung dokumentierten – „ideologischen Almatrieb“ programmatisch etwas gegenzusteuern und sich aus ihrer Selbstparalyse zu befreien, die Freiheitlichen wollen ihrer (außerhalb Kärntens) schrumpfenden Wählerschaft eine Art programmatischen Existenzberechtigungsnachweis liefern. Alle drei sehen sich zudem mit der Herausforderung grüner und alternativer Parteien konfrontiert, deren thematische Anliegen auch in breiten Bevölkerungskreisen Widerhall finden.

Neben diesem eher „strategischen Anlaß“ spiegelt diese neuerwachte Diskussionsbereitschaft aber doch auch die – in Teilen der Parteiführung der Großparteien und ihnen nahestehenden Intellektuellen – zunehmende Erkenntnis wieder, daß die „alten“ Antworten immer weiter an der gesellschaftlichen Realität vorbeigehen und daß die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr den – seien sie nun ideologisch oder pragmatisch orientierten – Steuerungsversuchen der Parteien entgleitet.

Tatsächlich ist die Veränderung der politischen Landschaft wesentlich der Ausdruck eines tiefgreifenden ökonomischen, sozialen und Wertwandels, den ich zunächst in einigen Aspekten skizzieren möchte, bevor ich auf die Frage einer politischen Konzeption selbst eingehe.

Wirtschaftlicher Strukturwandel und abnehmende staatliche Steuerungsfähigkeit

Die westlichen Industrienationen erleben eine strukturelle wirtschaftliche Transformation, wobei jedoch der Rückgang traditioneller Sektoren und Wirtschaftszweige rascher vor sich geht als das Wachstum neuer Sektoren und Branchen; gleichzeitig ist das Instrument neokeynesianischer Politik aus einer Vielzahl von Gründen stumpfer geworden. Die Folgen der Krise sind in Österreich zunächst nur in abgeschwächtem Ausmaß zum Tragen gekommen, was zum einen in einem gewissen ökonomischen Nachholbedarf – der endgültige Eintritt in den Klub der entwickelten Industrienationen erfolgte ja erst Mitte der sechziger Jahre –, zum anderen durch das Wirken der Sozialpartnerschaft und eine Politik ausgeprägten Deficit-spendings begründet sein dürfte. Mit dem Anhalten der Krise zeigen sich freilich die Grenzen dieser (mitunter als „Austrokeynesianismus“ titulierten) Strategie: der finanzielle Spielraum der öffentlichen Hand nimmt trotz und später gerade wegen der schnell ansteigenden Staatsverschuldung und Steuerbelastung ab; der Versuch des „Durchtauchens“ wird mit einer letztlich unhaltbaren Konservierung der alten, meist im Staatsbesitz befindlichen „Schornsteinindustrien“ erkaufte; der notwendige Übergang zu neuen Märkten und Technologien eher gehemmt als gefördert. Darüber hinaus zeigt gerade die öffentliche Hand ein mitunter erschreckendes Ausmaß an Handlungsunfähigkeit und Fehlallokation ohnehin knapper Mittel: der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und des Internationalen Konferenzentrums in Wien sind nun einmal betongewordene Beispiele für bürokratische Fehlplanung bzw. politisch motivierte Verschwendung.

In seiner Finanzierung direkt an das wirtschaftliche Wachstum gekoppelt und weder intern übermäßig an Effizienzkriterien orientiert noch gegenüber „Besitzansprüchen“ einflußreicher (nicht unbedingt: sozial schwacher) Gruppen besonders resistent, gerät auch das System der sozialen Sicherheit in ernsthafte Probleme. Und dies bei nach wie vor weiterbestehenden Mängeln qualitativer wie quantitativer Natur.

Die Erosion des „sozialliberalen Konsens“

Die Bevölkerung sieht sich so drohenden bzw. bereits eingetretenem Arbeitsplatzverlust – in manchen Bezirken beträgt die Winterarbeitslosigkeit bis zu zwanzig Prozent –, stagnierendem bis sinkendem Realeinkommen, starker steuerlicher Belastung und schwindender sozialer Sicherheit ausgesetzt. Regionale und gruppenspezifische Disparitäten verschärfen sich nicht zuletzt als Folge staatlicher Intervention, Subventionstätigkeit oder eben Unterlassung.

Gleichzeitig treten auch die Schattenseiten der Industriegesellschaft, insbesondere im Umweltbereich, deutlich in Erscheinung. Die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Zerstörung der Land-

Tabelle

Problembewußtsein im Zeitverlauf (1980–1984) in Prozent

	1980	1981	1982	1983	1984
* Umweltschutz als wichtiges politisches Ziel	52	56	69	71	80
* Verhinderung von Verschwendung als wichtiges politisches Ziel	51	72	77	74	
* Die Pensionen werden in den nächsten 10–15 Jahren sicher sein	69	–	38	–	26
* Man kann darauf vertrauen, daß der Staat immer zahlen wird	55	–	36	–	30

Quelle: Umfragen des Dr.-Fessel- + GfK-Institutes

schaft und die unabsehbaren gesundheitlichen Konsequenzen von Chemisierung treten ins öffentliche Bewußtsein.

Die politischen Folgen sind ein abnehmendes Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems und der traditionellen Parteien im allgemeinen, ein Zerbröckeln des die siebziger Jahre dominierenden sozialliberalen oder sozialdemokratischen Konsenses (Dahrendorf 1979, Plasser/Ullrich 1984) im besonderen. In diesem Sinn ist die sozialistisch-nationalliberale Koalitionsregierung von heute nur eine künstliche Verlängerung einer in wesentlichen Punkten überholten politischen Konstellation.

Additiver Wertwandel

Veränderungen haben sich aber auch im Wertesystem und in den Einstellungen vollzogen. Am augenscheinlichsten ist die zunehmende Verunsicherung, das Ende der „alten Selbstverständlichkeiten“: wirtschaftliche und ökologische Krise haben die Gefahren wie die Unmöglichkeit der Weiterführung des früheren Wachstumspfadcs deutlich gemacht; zugleich fürchtet man jedoch die Auswirkungen verringerten Wachstums. Die unreflektierte Fortschritts- und Technikgläubigkeit ist zwar (noch?) nicht in Feindseligkeit umgeschlagen, hat aber doch Skepsis und Unsicherheit Platz gemacht. Das Gefühl „bürokratischer Übermächtigkeit“ und politischer Bevormundung nimmt weiter zu, auf der anderen Seite finden wir aber auch ein starkes Bedürfnis nach Sicherheit – von der in Österreich besonders ausgeprägten Haltung des „sozialen Garantismus“ (Arbeitsplatz-, Einkommens- und soziale Versorgungs-Sicherheit als Aufgaben des Staates) bis zum Wunsch nach emotionaler Geborgenheit.

Ein genereller Wandel in der Tiefenstruktur des Wertesystems in Richtung „Postmaterialismus“ (Inglehart 1979) zeigt sich vorerst nur bei einer Minderheit der Jugend und der Bildungsschicht. Für die

überwiegende Mehrheit der Österreicher erscheint eher ein „additiver Wertwandel“ charakteristisch: instrumentell-materialistische Werte (Wohlstand, Sicherheit, sozialer Aufstieg) behalten ihren Stellenwert in etwa bei, werden jedoch durch qualitative Ziele (Selbstverwirklichung, Mitsprache, sinnerfüllte Arbeit) ergänzt (*Dollinger/Ulram 1983*). Diesem gestiegenen qualitativen Anspruchsniveau (das im übrigen durchaus mit einer gewissen Opferbereitschaft in materiell-quantitativer Hinsicht korrespondiert) steht freilich der Eindruck abnehmender bzw. bestenfalls stagnierender Möglichkeiten zu seiner Erfüllung gegenüber.

Die Reaktion auf diese Widersprüche ist äußerst unterschiedlich. Einerseits nehmen die inhaltlichen Anforderungen an die Politik zu: man möchte (im Sinne der magischen Vielecke der Ökonomie) eine gesunde und schöne Umwelt und sichere Arbeitsplätze, ein gewisses Ausmaß an sozialer Sicherheit und steuerliche Entlastung und Verschwendungsstop. Zum anderen vergrößert sich die Distanz zu den öffentlichen Institutionen, Umgehungsstrategien (Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Ausufern von Korruption u. ä. m.¹) nehmen zu, kleine Gemeinschaften erfahren eine Aufwertung; man sucht nach neuen Möglichkeiten sozialen Engagements, aber auch nach „ganzheitlichen“ Erklärungsmustern und Lebensformen.

Unbehagen im Parteienstaat

Am Ende dieses analytischen Überblicks noch ein paar Bemerkungen zu den politischen Parteien. Österreich galt lange Zeit als das Paradebeispiel eines stabilen politischen Systems: hohe Organisationsdichte, geschlossene „Lagerparteien“, von wenigen Ausnahmen abgesehen (1949, 1966, 1970/71) nur geringfügige Verschiebungen in den politischen Kräfteverhältnissen, hohe Wahlbeteiligung, wenig politischer Radikalismus. Dieses Bild entspricht nicht mehr der politischen Realität. Die Lager haben sowohl an quantitativem Gewicht wie an politischer Kohäsionskraft verloren, Parteimitgliedschaft – wiewohl nach wie vor hoch – entspringt meist weniger weltanschaulichen als pragmatischen Nützlichkeitsabwägungen und sagt nur mehr wenig über tatsächliche politische Folgebereitschaft aus, die Stammwähler sind in die Minderheit geraten, neue politische Bewegungen haben sich organisiert und zumindest auf lokaler Ebene eine mitunter beträchtliche Bedeutung erlangt. Insgesamt gleicht unser Parteiensystem einer (von außen gesehen durchaus eindrucksvollen) Festung, deren einst felsiger Untergrund sich aber inzwischen in Sand verwandelt hat. Die Parteien können den gesellschaftlichen Wandel nur in sehr geringem Ausmaß beeinflussen; ein Befund, der Anlaß zu vernünftiger Selbstbeschränkung bei der Konzeption politischer Visionen geben sollte.

Eine neue politische Perspektive

Vor dem Hintergrund einer weltanschaulich-religiös wie politisch säkularisierten Gesellschaft, deren ohnehin schon beträchtliche soziale Differenzierung² im Zuge der dritten industriellen Revolution (Übergang zur „Dienstleistungsgesellschaft“) noch weiter zunehmen wird, erscheint eine mehrheitsfähige politische Perspektive nur erfolgversprechend

- a) unter Verzicht auf überkommene ideologische Deutungsmuster (Marxismus, christliche Soziallehre, klassischer Liberalismus) und unter Abwehr neuer ganzheitlicher Gesellschaftsbilder (wie sie in Teilen der Grün- und Alternativbewegung im Schwange sind);
- b) als Koalition verschiedener Interessengruppen und geistigen Strömungen, die sich um ein konsensfähiges Zielsystem anlagern.

Dieser Befund mag angesichts der neokonservativen bzw. neoliberalen Renaissance vor allem in den angelsächsischen Ländern³ auf den ersten Blick etwas verwundern. Meines Erachtens wird allerdings die ideologische Komponente in der Erklärung der Reagan- und Thatcher'schen Erfolge von Freund wie Feind beträchtlich überschätzt. Gewiß hat es gerade in den USA eine ideologische Tendenzwende und ein Wiedererstarken nationalen Selbstbewußtseins gegeben. Ausschlaggebend dürften aber letztlich die durchaus beachtliche ökonomische Erfolgsbilanz der republikanischen Administration⁴ und ihr Ausbrechen aus verkrusteten Strukturen sowie die Wiedergewinnung politischer Entscheidungsfähigkeit nach einer Periode der Selbstblockade und wirtschaftlichen Rezession gewesen sein.

Die Ablehnung der klassischen Ideologien als politische Zielsysteme bedeutet im übrigen nicht eine Abqualifizierung der in ihnen enthaltenen Erkenntnisse und ethischen Grundsätze. Sie werden auch in absehbarer Zukunft als kulturelle Traditionen der Parteien ihre Berechtigung behalten. Was die neuen sozialen Bewegungen betrifft, so stellen sie wesentliche und wertvolle Korrekture zu Fehlentwicklungen unseres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems dar. Sofern sie aber von den bei ihnen oft anzutreffenden messianistischen, irrationalen bis quasitotalitären Zügen (Suche nach einer „heilen Welt“) nicht abrücken, erscheinen sie kaum geeignet, der Komplexität einer entwickelten Industriegesellschaft und den Spielregeln eines demokratischen Interessenausgleichs gerecht zu werden.

Das Postulat einer Werte- und Interessenkoalition wiederum trägt der Realität unserer pluralistischen Gesellschaft Rechnung, wobei die politische Plattform einer solchen Koalition keine starre sein darf, sondern einer ständigen Erneuerung des sie tragenden Konsenses bedarf.

Neuer sozialer Konsens durch Koalition der Veränderung

Damit ist noch nichts über die konkrete politische Konstellation

ausgesagt, die eine reformorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Österreich verwirklichen könnte. Angesichts der – mit der vorangegangenen Analyse bereits angesprochenen – Notwendigkeit struktureller Reformen, die zumindest in einer Übergangsphase für bestimmte Gruppen auch mit materiellen Härten und der Aufgabe liebgewordener Vorstellungen verbunden sein wird, sollte aber eine möglichst breite Basis, ein „neuer sozialer Konsens“ angestrebt werden. Ein solcher Konsens – für den sich in Österreich eine Zusammenarbeit der beiden Großparteien, der Sozialpartner, aber auch politikfähiger Vertreter neuer Werte anbietet – müßte im wesentlichen die Bereiche

- wirtschaftliche Strukturreform,
- Verhältnis Ökonomie – Ökologie,
- Ziele und Mittel des sozialen Sicherungssystems,
- Neudefinition der Rolle der öffentlichen Hand und ihres Instrumentariums sowie
- Mitsprachemöglichkeiten der Bürger

umfassen. Daß es sich dabei um keine „Koalition alten Stils“, wie sie Anfang der sechziger Jahre zur Selbstparalyse der großen Koalition beigetragen hat, handeln darf, sollte eigentlich keiner besonderen Erwähnung bedürfen.

Gemeinsames Ziel einer solchen Interessen- und Wertekoalition müßte die Erweiterung von Lebenschancen sein (*Dahrendorf 1983*), wobei der ursprüngliche wirtschaftliche, soziale und demokratiepolitische Gehalt dieses Konzeptes um die Dimensionen der Ökologie und des Pluralismus von Lebensformen anzureichern ist. Dem Prinzip der Ausweitung der Lebenschancen entspricht zum einen die Orientierung am materiellen und soziokulturellen Fortschritt – unter besonderer Berücksichtigung heute noch benachteiligter Gruppen –, zum anderen die Wahrung von als wertvoll erachteten kulturellen Traditionen und die Anerkennung wie Absicherung freiwilliger (jedenfalls aber: nicht erzwungener) Bindungen des einzelnen (Wertekonservatismus). Darüber hinaus darf der Blickwinkel nicht auf die Verhältnisse eines demokratischen und relativ wohlhabenden europäischen Kleinstaates beschränkt bleiben: neben der bewußten und gewollten Einbindung Österreichs in den wirtschaftlichen und politischen „Raum“ der westlichen Demokratien kommt uns eine wesentliche Verantwortung für die (uns historisch wie kulturell verbundenen) Menschen in den östlichen Nachbarländern, aber auch für jene in der Dritten Welt zu.

Qualitatives Wachstum

Zentrale wirtschaftspolitische Ziele sind Wohlstandsmehrung, „relative“ Vollbeschäftigung und die (vielzitierte und oft mißverständene) „Versöhnung von Ökologie und Ökonomie“.

Hiermit wird bereits deutlich, daß ich weder einer Theorie bereits erfolgter Nachfragesättigung noch einer – darauf basierenden – Strategie des generellen Null-Wachstums das Wort rede. Zum einen besteht

(wie ein kurzer Blick auf die Einkommens-, Wohnungs- und Freizeitverhaltens-Statistik belegt) in großen Bevölkerungsgruppen durchaus noch ein großer Nachholbedarf an bestimmten Gütern und Dienstleistungen, zum anderen zeichnen sich im Zuge der dritten industriellen Revolution und beim Übergang zu einem umweltbewußten und umweltfreundlichen Wirtschaften neue Märkte ab; von dem heute bereits drängenden Sanierungsbedarf in den Bereichen Stadt- und Dorferneuerung, Umwelt etc. einmal ganz abgesehen.

Die Realisierung dieser Ziele setzt zunächst die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels voraus – damit auch die Sicherung und den Ausbau der Position Österreichs als international wettbewerbsfähige, hochentwickelte Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Hiezu ist kurzfristig eine steuerliche Entlastung der Unternehmen, vermehrte Eigenkapitalbildung und eine Änderung der Subventionspraxis vonnöten. Die Investitionspolitik wird durch eine gezielte Desinvestitionspolitik (*Thurow 1980*) zu ergänzen sein; ein Vorhaben, das nur in Zusammenarbeit der Sozialpartner und mit entsprechenden sozialen Auffangnetzen möglich und verantwortbar erscheint.

Mittelfristig bedarf es einer signifikanten Reduktion des Budgetdefizits – insbesondere durch eine konsequente Sparpolitik auf der Ausgabenseite, die auch vor „heiligen Kühen“ (ÖBB) nicht haltmachen darf – zur Wiedergewinnung eines finanziellen Spielraumes der öffentlichen Hand, vor allem aber einer Reform des wirtschaftspolitischen Instrumentariums. Das derzeitige „System“ (eine eher euphorische Charakteristik) erweist sich in weiten Bereichen als ineffizient bis sogar innovationsfeindlich; im Endeffekt steht einem überbordenden Regelungswillen eine schwindende faktische Steuerungsfähigkeit gegenüber. Generelle Leitlinie sollte hier eine gewisse Deregulierung bei gleichzeitiger Erhöhung der Schlagkraft des verbleibenden bzw. reformierten Instrumentariums sein; kurz gefaßt: weniger, aber besser! In der Forschungsförderung ist eine verstärkte Kooperation von betrieblicher, universitärer und (öffentlich geförderter) Institutsforschung anzustreben; speziell auch eine größere personelle Durchlässigkeit von Wirtschaft, Universität und Verwaltung (Erleichterung des Wechsels zwischen den einzelnen Tätigkeitsfeldern).

Nicht unwesentliche Änderungen werden sich auch im „innerbetrieblichen“ Bereich (der Wirtschaft wie der öffentlichen Institutionen) vollziehen müssen. Dies betrifft zum einen den Ausbau von Selbstbestimmungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz, zum anderen eine generelle Flexibilisierung von Aufgaben und Zeitstrukturen – von flexibler Arbeitszeit über bedürfnisadäquatere Öffnungszeiten (auch der Behörden) bis zur Mehrfachnutzung öffentlicher Einrichtungen (Schulgebäude). Hier wären vor allem die Arbeitnehmervertretungen – die sich größtenteils auf eine „Nein-Linie“ zurückgezogen haben –, aber auch Teile der Unternehmerschaft gut beraten, auf eine Berücksichtigung der Wünsche vieler Arbeitnehmer und eine optimale Nutzung der technologischen Möglichkeiten umzuschwenken; bei gleichzeitiger Ausarbeitung entsprechender Schutz- und Kontrollbestimmungen.

„Umweltpartnerschaft“

Die Beziehung von Ökonomie und Ökologie wird heute noch von der Mehrheit der politischen Entscheidungsvertreter sowie der Interessenvertretungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern als Konkurrenzverhältnis gesehen: Standortentscheidungen der E-Wirtschaft kollidieren mit Naturschutzbestrebungen; die eine Seite verweist auf Kostenprobleme, die andere verlangt nach Verboten und strengen Auflagen. Insofern erscheint die Situation durchaus mit jener zu Beginn der Industrialisierung vergleichbar, wo sich Arbeit und Kapital in scheinbar unauflösbarem Gegensatz gegenüberstanden; die Umweltfrage hat die soziale Frage als Brennpunkt der Konflikte in den entwickelten Industriegesellschaften abgelöst. Der Vergleich verweist aber zugleich auf die Lösungsmöglichkeiten, nämlich die Festlegung neuer Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung durch die öffentliche Hand („soziale und ökologische Marktwirtschaft“), die Umorientierung der Wirtschaftssubjekte (umweltfreundliche Produktionsverfahren und Produkte) und die Zusammenarbeit der jeweiligen Interessenvertretungen („Umweltpartnerschaft“, so auch *Schilcher 1984*).

Aufgabe der öffentlichen Hand ist somit in erster Linie die Schaffung und Kontrolle von gesetzlichen bzw. finanziellen Rahmenbedingungen (Verbote, Gebote, Anreize, Informationsbeschaffung und -verteilung) für eine Umorientierung der Wirtschaft. Angesichts der hohen Umweltsensibilität in der Bevölkerung kann dabei durchaus mit einer beträchtlichen Bereitschaft zur Änderung des Konsumentenverhaltens gerechnet werden, der freilich eine entsprechende Information (vom Energiesparen bis zum Nachweis umweltschonender Produkte) vorausgehen, und eine entsprechende Angebotspalette zur Seite treten müssen. Mit der Vergrößerung „ökologischer Märkte“, und dem verstärkten Einsatz umweltfreundlicher Produktionsverfahren sollte im Lauf der Zeit auch eine Kostendegression eintreten und ein sich selbst tragender Wachstumsprozeß in Gang gesetzt werden.

Damit sollen die Weiterexistenz von Konflikten und ein Gutteil der Kostenproblematik gar nicht verniedlicht werden, zu deren Bewältigung freilich eine Umorientierung und strukturelle Reform der Entscheidungsprozesse notwendig sein werden: die Vertreter von Umweltinteressen müssen einen institutionalisierten Zugang zu den innerparteilichen wie staatlichen, kommunalen etc. Entscheidungsgremien erhalten, langfristig ist ihnen der gleiche Stellenwert wie den Sozialpartnern einzuräumen. Umgekehrt müssen auch sie die Spielregeln institutionalisierter Konfliktaustragung und Konsensfindung akzeptieren, was auch gewisse stabile und anerkannte organisatorische Strukturen voraussetzt.

Der hier gebrauchte Vergleich mit der Sozialpartnerschaft – die ihrerseits einige problematische Aspekte aufweist (Strukturkonservierung, mangelnde verbandsinterne Demokratie) und sich in Zukunft nicht unbeträchtlichen Herausforderungen ausgesetzt sehen wird – darf nicht überzogen werden. Es geht nicht um das Überstülpen von

etablierten Formen auf neue Problemlagen, wohl aber um das Lernen von verhältnismäßig gut bewährten Prinzipien der Interessenartikulation und -durchsetzung.

Sozialpolitische Prioritäten

Eine Umorientierung der Prioritäten erscheint auch in der Sozialpolitik notwendig, wobei sowohl das derzeitige Zielsystem wie die organisatorischen Strukturen und die konkrete Form der Leistungserbringung einer kritischen Überprüfung zu unterziehen sind. Schwerpunkte einer grundlegenden sozialpolitischen Reform (Ulram 1984, Hawlik 1983) wären dabei:

- Eine zunehmende Konzentration auf die Vermeidung unerwünschter sozialer Entwicklungen und gesundheitlicher Schäden. Dazu gehören eine Politik weitgehender Arbeits- und Einkommenssicherung ebenso wie eine Verbesserung der Umweltbedingungen und die Schaffung kinder- wie familienfreundlicher Lebensverhältnisse.
- Die Sicherung einer sozialen Grundversorgung in der Form eines Mindeststandards an sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Diensten und eines Mindesteinkommens. Letzteres sollte nach unterschiedlicher individueller „Belastung“ – z. B. Kinderzahl, Behinderungen – gestaffelt werden und an die Stelle der derzeitigen, oft weit verstreuten und den Anspruchsberechtigten vielfach nicht bekannten Leistungen treten. In einer entwickelten Industriegesellschaft sollte niemand unter ein bestimmtes Niveau sozialer Versorgung fallen können (auch wenn dies manchmal zu Mißbräuchen führen kann); wer einen deutlich höheren Standard anstrebt, darf diesen – außer im Fall unverschuldeter Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit – allerdings nicht von der öffentlichen Hand erwarten. Gleichzeitig eröffnet ein garantiertes Mindesteinkommen – in Verbindung mit einer Reform der sozialen Dienste und des Arbeitsrechtes – neue Möglichkeiten zu sozialem und familiären Engagement und trägt in gewissem Umfang auch den wachsenden Bestrebungen nach alternativen Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens Rechnung.
- Die öffentliche Hand konzentriert ihre Leistungen auf die Abdeckung der großen Lebensrisiken und die Garantie der Grundversorgung. Kleinere Risiken und Sonderwünsche können durch Eigenvorsorge und private Versicherungsformen abgedeckt werden. Denkbar wäre hier auch die Einräumung von Wahlmöglichkeiten – Angebot differenzierter Versicherungsleistungen bei gleichbleibenden Beiträgen – im Rahmen der Sozialversicherung.
- Soziale und gesundheitliche Dienste sollten dezentralisiert werden; eine – öffentlich kontrollierte bzw. organisierte – Einbeziehung von und Kooperation mit privaten und selbstorganisierten Initiativen ist anzustreben. Funktionierende (wenngleich noch nicht umfassende) Modelle dafür existieren bereits (z. B. das Soziale Hilfswerk in Niederösterreich, die Nachbarschaftshilfezentren in Wien, die Sozialstatio-

nen in Vorarlberg). Der Auf- und Ausbau solcher kleinen Netze sollte öffentlich gefördert und von bürokratischen Hindernissen befreit werden. Dadurch kann das große Potential⁷ an sozialer Engagementbereitschaft gefördert werden, der staatlichen Sozialpolitik kommt aber nach wie vor die Aufgabe der Organisationshilfe, der Versorgungskontrolle und der allfälligen Intervention zu. Finanziell ist – vor allem durch den „Multiplikatoreneffekt“ der im Freiwilligensektor erbrachten Leistungen und dort eingesetzten Geldmittel – zwar eine Entlastung der öffentlichen Hand zu erwarten, die Strategie der kleinen Netze darf jedoch nicht als bloße Überwälzung von Kosten und Arbeit auf die Betroffenen und Selbstorganisationsinitiativen mißverstanden werden. Primäres Ziel sind die Qualitätsverbesserung der Dienste, die Rückdrängung bürokratischer Strukturen und die Möglichkeit zur Eigeninitiative – der dann auch entsprechende Mitsprache- und Entscheidungsrechte gegenüberstehen müssen.

Reform des Institutionssystems

Das hier in den Problemfeldern Wirtschaft, Umwelt und soziale Sicherheit skizzierte Reformprogramm beinhaltet also sowohl eine Neuorientierung der politischen Prioritäten wie eine grundlegende Reform des staatlichen Instrumentariums (vgl. dazu auch *Matzner 1982*). Zwar ist eine Rücknahme staatlicher Intervention in vielen Bereichen und ein Einfrieren der Staatsquote durchaus angezeigt, doch steht im Mittelpunkt der Überlegungen die Neuformulierung des Verhältnisses von Bürgern, Staat und Unternehmen, die Umorientierung der Ziele öffentlicher Einflußnahme und die Überwindung institutionell-bürokratischer Sklerose.

Inhaltliche wie organisatorische Neuorientierung ist natürlich auch eine zentrale Anforderung an die politischen Parteien als (zumindest bis auf weiteres) hauptsächliche potentielle Träger dieses Reformprogrammes. Voraussetzung dazu ist – neben einer realistischen Einschätzung der eigenen Bedeutung und Handlungsmöglichkeiten – eine Entflechtung von Politik und ziviler Gesellschaft. An die Stelle des Strebens nach Allzuständigkeit und immer weitergehender Penetration der Gesellschaft sollen eine Reduktion und Konzentration auf die zentralen Aufgaben der politischen Interessenformulierung, Konsensbildung und Entscheidungsfällung sowie die Einleitung eines offenen Dialogs und einer Kooperation mit selbständigen Staatsbürgern und deren Initiativen treten. Organisatorisch bedeutet dies zum einen den Übergang von der klassischen Mitglieder- und Massenpartei zu Mitarbeiterparteien „neuen Typs“, zur themenbezogenen und oft zeitlich befristeten gemeinsamen Arbeit mit politisch engagierten, aber nicht gebundenen Aktivbürgern; zum anderen strukturell abgesicherte Zugangsmöglichkeiten der Vertreter neuer Werte und Interessen zum politischen Entscheidungsprozeß. Der Entschlackungs- und Abspeckungskurs auf der einen Seite muß durch eine Öffnung und neue Sensibilität auf der

anderen ergänzt werden. Die Parteien können die Plattform für den neuen sozialen Konsens zimmern wie der Staat die Rahmenbedingungen für die Ausweitung der Lebenschancen schaffen kann, erfüllen und ausfüllen müssen aber beides die Staatsbürger, die Konsumenten und Produzenten selbst.

Anmerkungen

- 1 Wofür es natürlich auch noch andere Gründe, insbesondere die steigende steuerliche Belastung und die oft undurchsichtbare und vielfach unkontrollierte Verflechtung von „öffentlicher“ und „privater“ Wirtschaft (Stichwort AKH), von Politik und Geschäft (Stichwort Androsch und WBO) gibt.
- 2 Die klassischen und mit dem traditionellen Klassenbegriff faßbaren Sozialgruppen (Arbeiterschaft, Gewerbetreibende, alter Mittelstand, Bauern) sind quantitativ im Abnehmen. Absolut wie in ihrer politischen Bedeutung wachsend sind hingegen die neuen, angestellten Mittelschichten; eine Gruppe die eher ein Konglomerat sozialer Schichten (Teile der Angestellten und Facharbeiter, neue Selbständige) darstellt.
- 3 Anders als Professor März (1984) sehe ich die CDU/CSU-FDP-Koalition weder in ihrer Programmatik noch in ihrer praktischen Politik als Teil der „neokonservativen Revolution“.
- 4 Bei der Betrachtung der hohen Arbeitslosenrate in den USA wird oft übersehen, daß in der Periode 1980–1983 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. In Österreich ging im gleichen Zeitraum die Beschäftigung absolut zurück. Damit sollen allerdings keineswegs alle Aspekte des Reaganschen Kurses (reale Benachteiligung von Minderheiten und sozial Schwachen; Frontstellung gegen Umweltschützer, Gewerkschaften und Frauenemanzipation) positiv beurteilt werden.
- 5 „Relativ“ bezieht sich dabei auf die Tatsache, daß m. E. in Zukunft Arbeitsleistungen außerhalb des – statistisch und arbeitsmarktpolitisch erfaßten – Sektors der „offiziellen“ (staatlich oder privatwirtschaftlich organisierten) Ökonomie an Bedeutung gewinnen werden. Siehe dazu die Ausführungen über sozialpolitische Reformen weiter unten.
- 7 Badelt (1984) schätzt die in Freiwilligenarbeit erbrachte Leistung schon heute auf 8,5 bis 19 Prozent des Arbeitsumfanges der unselbständig Erwerbstätigen. Das Potential erscheint dabei durchaus nicht ausgeschöpft, insbesondere wenn Möglichkeiten einer – zumindest basismäßig sozial abgesicherten – Tätigkeit außerhalb der „normalen“ privatwirtschaftlichen und/oder staatlichen Arbeitsorganisation eröffnet werden.

Literaturverzeichnis

- Badelt 1984: Ch. Badelt, Der autonome Sektor in Österreich, Wien 1984 (SOREF-Forschungsbericht)
- Dahrendorf 1983: R. Dahrendorf, Lebenschancen: Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, Frankfurt/M. 1979
- Dahrendorf 1983: R. Dahrendorf, Die Chancen der Krise: Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983
- Dollinger/Ullrich 1983: R. Dollinger/P. A. Ullrich, Wertwandel, Arbeitszeit und Arbeitsmarkt, Wien 1983 (Forschungsbericht des Dr. Fessel + GfK-Institutes)
- Hawlik 1983: J. Hawlik, Armut und Wohlfahrtsstaat, in: A. Kohl/A. Stirnemann (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik '82, Wien 1983
- Inglehart 1979: R. Inglehart, Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: H. Klages/P. Kmieciak (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York 1979
- Plasser/Ullrich 1984: F. Plasser/P. A. Ullrich, Themenwechsel – Machtwechsel? Konturen einer neuen Mehrheit in Österreich, in: St. Koren/K. Pisa/K. Waldheim (Hrsg.), Politik für die Zukunft, Wien/Köln/Graz 1984
- März 1984: E. März, Sozialistische Perspektiven von heute, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 3/1984, S. 387 ff.
- Matzner 1982: E. Matzner, Der Wohlfahrtsstaat von morgen: Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen, Wien 1982
- Schilcher 1984: B. Schilcher, Die Zukunft der politischen Kultur oder politische Kultur ohne Zukunft, in: St. Koren/K. Pisa/K. Waldheim (Hrsg.), Politik für die Zukunft, Wien/Köln/Graz 1984
- Thurow 1980: L. C. Thurow, The Zero-Sum Society: Distribution and the Possibilities for Economic Change, New York 1980
- Ullrich 1984: P. A. Ullrich, Die Volkspartei und die Zukunft, in: Österreichische Monatshefte 1984/1